

# 25 Punkte Programm

zur Landtagswahl in Baden-Württemberg



***DIE RECHTE***

## **Verabschiedet auf dem Landesparteitag am 27.09.2015**

herausgegeben von der Partei

**DIE RECHTE**  
**Landesverband Baden-Württemberg**  
**Postfach 1116**  
**76317 Pfinztal**

**[die-rechte-bw@0x300.com](mailto:die-rechte-bw@0x300.com)**

**[www.rechte-bw.com](http://www.rechte-bw.com)**

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Präambel

## 2. 25 Punkte Programm

- #1 Asylanteneinwanderung stoppen
- #2 Schengen aussetzen, Dublin durchsetzen
- #3 Stoppt die Überfremdung Baden-Württembergs
- #4 Bewahrung der deutschen Identität, kein Verzicht auf deutsche Interessen
- #5 Sicherheit, Recht und Ordnung
- #6 Kriminalität bekämpfen
- #7 Schützt unsere Kinder und Frauen
- #8 Die traditionelle Familie fördern
- #9 Die Aufgabe Mutter honorieren
- #10 Kindergarten und KITA Plätze schaffen
- #11 Mehr Geld für Schulen in Baden-Württemberg
- #12 Jugendzentren erhalten und ausbauen
- #13 Bildung für deutsche Jugendliche statt Integration
- #14 Deutsche Geschichte in den Schulunterricht
- #15 Museen und Ausstellungen für deutsche Kunst fördern

- #16 Keine Geldverschwendung für Prestigeprojekte
- #17 Korrupte Politiker zur Rechenschaft ziehen
- #18 Arbeitsplätze und gerechte Löhne für alle Deutschen
- #19 Deutsches Geld für deutsche Interessen
- #20 Volksgemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft
- #21 Jedem Obdachlosen ein Dach über den Kopf
- #22 Wahre Demokratie in Baden-Württemberg
- #23 Wahre Meinungsfreiheit durchsetzen
- #24 Umweltschutz und Tierschutz bedeuten auch Heimatschutz
- #25 Energiepolitik

### **3. Schlusswort**

## Präambel

Der Landesverband der Partei DIE RECHTE wurde im Jahr 2013 gegründet und hat seine Schwerpunkte in Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, dem Enzkreis und mittlerweile auch in Eppingen.

In diesen Regionen sind Kreisverbände oder zumindest mehrere Parteimitglieder vorhanden. Verdeutlicht wird dies auch durch unseren Wahlantritt in den neun Wahlkreisen in genau diesen Regionen. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit ist im Moment noch auf diese Kreise beschränkt, jedoch ist es unser mittelfristiges Ziel neue Kreisverbände in ganz Baden-Württemberg zu etablieren und stetig weiter zu wachsen.

Unser politisches Denken und Handeln ist an unser Parteiprogramm gebunden und wird durch unser „25 Punkte Wahlprogramm zur Landtagswahl“ noch einmal stärker auf die Region zugeschnitten.

Die Zukunft und der Erhalt des deutschen Volkes, mit all seinen Traditionen, Bräuchen, Sprachen und anderen Eigenarten hat bei uns oberste Priorität. Daher stellen wir uns deutlich gegen die derzeit in Deutschland betriebene volksfeindliche Politik einer Politikerkaste, die längst den Bezug zu Realität und zu ihrem Volk, das sie vorgibt zu vertreten, verloren hat.

Die derzeitige Politik wird über kurz oder lang zu einem Aussterben des deutschen Volkes führen oder zumindest dafür sorgen, dass der Anteil der deutsch- und europäischstämmigen Menschen in der Welt rapide absinken wird.

Über Jahrzehnte wurde eine Familienpolitik betrieben, die dazu geführt hat, dass Deutschland mittlerweile zu den Ländern der Erde zählt, die die niedrigsten Geburtenraten aufweisen. Mit jeder Generation schrumpft und altert das deutsche Volk weiter. Eine Entwicklung, die den Generationenvertrag in Gefahr bringt. In der Zukunft werden immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner finanzieren müssen. Ein Effekt der immer weitere Kreise ziehen wird, wenn nicht sofort dagegen gearbeitet wird.

Als Ersatz für die ausgebliebenen Geburten wollen uns die Etablierten nun einen so genannten Fachkräftemangel auftischen, den es vielleicht in einigen Berufssparten geben mag, der aber kein umfassendes Problem in ganz Deutschland in jedem Beruf darstellt. Trotzdem werden jedes Jahr hunderttausende Ausländer in unser Land geholt um diesen herbei geredeten Fachkräftemangel bewältigen zu können. Das viele der hier ankommenden Ausländer nicht einmal im Ansatz für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert sind, stört die etablierten Parteien nicht.

Zuerst unter dem Deckmantel der Gastarbeiter, die nach getaner Arbeit wieder in die Heimat zurückkehren sollten und heute unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe in Form der Gewährung von Asyl.

Die derzeitige Asylflut stellt unser Volk vor eine Jahrhundertaufgabe. Unser Sozialsystem droht unter der milliarden schweren Last zu kollabieren, aber auch unser Volk als Gesamtes ist in seiner Existenz bedroht. Unkontrolliert strömen jeden Tag tausende „Flüchtlinge“ in unser Land, ohne dass wir wissen wer sich darunter befindet und was ihre wahren Absichten in Deutschland sind. Die Anschläge in Paris haben gezeigt, dass die Flüchtlingsroute auch von Terroristen benutzt wird, um nach Europa zu gelangen. Sexuelle Übergriffe, wie in der

Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten, sind mittlerweile trauriger Alltag geworden. Diebstahl, Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag sind es leider ebenfalls.

Diese Zustände werden sich mit der anhaltenden Asylflut in den nächsten Jahren noch verschlimmern. Die Konflikte, die bereits in den Heimatländern der Flüchtlinge herrschten, werden importiert und weiter in Europas und Deutschlands Städten ausgetragen.

Nicht nur in diesem Thema geben die etablierten Politiker die Richtung an ohne das Volk vorher zu befragen. Die Meinung des Volkes scheint weitestgehend an Bedeutung verloren zu haben.

Wer bei Themen wie Asylflut, „Gender-Mainstreaming“, Meinungsfreiheit und Euro Rettung eine konträre Meinung hat, der wird in die „rechte Ecke“ gedrängt. Ein moralisches Totschlagargument, von dem sich leider zu viele Bürger abschrecken lassen und noch nicht politisch aktiv werden.

Trotz alledem regt sich überall in der Republik Widerstand gegen die herrschende Politik. Gerade nach den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht formieren sich überall in Deutschland Widerstandsgruppen und Bürgerwehren, die ihre Anliegen und Forderungen im Weltnetz und auf der Straße verbreiten. Ein Grund mehr für die etablierte Politik in diesem Land, die Meinungsfreiheit weiter zu beschneiden. In Zukunft werden zumindest im Weltnetz unbeliebte Gruppierungen in Ausübung ihrer Meinungsfreiheit beschnitten werden. Facebook bildet hier den Anfang und will in Zukunft so genannte „Hasskommentare“ löschen lassen. Eine Beschreibung, was genau diese „Hasskommentare“ sein sollen gibt es nicht, staatliche Zensur ist also für alle Beiträge und Gruppierungen möglich, die nicht systemkonform sind.

Ein Zustand, der mit Demokratie rein gar nichts zu tun hat. Doch der aufkeimende Widerstand wird sich von diesen Repressalien nicht mehr aufhalten lassen. Es wird Zeit für einen Politikwechsel in Deutschland und in Baden-Württemberg.

DIE RECHTE will zu diesem Politikwechsel positiv beitragen. Für den Erhalt unseres Volkes, unserer Kultur und unserer Heimat sind wir bereit den politischen Kampf gegen die antideutsche etablierte Politik in diesem Land zu führen. Damit Deutschland auch noch in hundert Jahren die Heimat der Deutschen sein wird!

## **# 1: Asylanteneinwanderung stoppen!**

**Das beherrschende Thema das derzeit sämtliche Medien prägt ist ohne Frage die Asylflut die unser Land überschwemmt. Täglich strömen tausende illegale Wirtschaftsflüchtlinge ungestört über unsere Grenzen. Die Bundeskanzlerin selbst war es, die sie alle nach Deutschland eingeladen hat.**

Offizielle Zahlen sprechen von knapp 800.000 „Flüchtlingen“ die 2015 in unser Land strömen sollen. Von anderen Stellen hat man bereits die Zahlen von einer Million oder 1,5 Millionen gehört. Die Wahrheit ist: Es kann niemand genau prognostizieren, wie viele illegale Flüchtlinge dieses Jahr und in den kommenden Jahren in unser Land strömen werden. Die zuständigen Behörden haben den Überblick über diese Masse an Menschen schon längst verloren. Alleine vom 05. September bis zum 15. Oktober 2015 registrierten die Behörden 409.000 „Flüchtlinge“ die in unser Land eingereist sind.

Die Erstaufnahmestelle in Karlsruhe platzt buchstäblich aus allen Nähten. Händeringend suchen Landräte nach Unterkünften überall in Baden-Württemberg. Dabei schrecken sie auch nicht vor der Zwangsbeschlagnehmung von bereits bewohnten Wohnungen zurück. Die deutschen Mieter bleiben hierbei auf der Strecke. Containerlandschaften entstehen auch in der noch so kleinsten Gemeinde.

Offizielle und Polizei versuchen bei öffentlichen Veranstaltungen immer wieder die Lage herunter zu spielen und verharmlosen die Situationen rund um Flüchtlingsheime. Die absolut berechtigten Sorgen der Bürger werden nicht ernst genommen.

Da die Flüchtlingskrise das derzeitige Hauptthema im politischen und medialen Diskurs ist, hat es auch viel Einfluss auf unser Wahlprogramm gehabt. In vielen Punkten kann man erkennen, dass Probleme, die jahrelang bestanden haben nun bei der „Flüchtlingskrise“ auf einmal verpufft sind. Wo früher kein Geld da war, ist es jetzt auf einmal vorhanden. An Schulen an denen vor drei Jahren noch Lehrermangel herrschte entstehen jetzt auf einmal „Flüchtlingsklassen“ und neue Lehrer werden dafür eingestellt oder pensionierte aus dem Ruhestand geholt.

Diese Form der Politik zeigt uns auf, welchen Stellenwert das deutsche Volk im Weltbild und der Politik der etablierten Parteien hat. Zuerst kommt das Fremde, dann die Deutschen. Unsere Partei sieht es genau anders herum: Erst kommt unser Volk und dann der Rest der Welt!

**DIE RECHTE fordert die sofortige Beendigung des Asylchaos in Deutschland und Europa. Geltende Gesetze müssen befolgt werden und nicht vorübergehend außer Kraft gesetzt oder missachtet werden. Sollte die momentane Krise weiter anhalten wird das unser Sozialsystem nicht mehr lange aushalten und letztendlich kollabieren.**

**Sofortige Maßnahmen, die schnell zu einer Besserung in dieser Krise führen wären die sofortige Schließung und Sicherung der deutschen Grenzen ( Grenzkontrollen wieder einführen ), die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, schnellere Asylverfahren nach dem Vorbild der Schweiz, Sachleistungen und keine Geldleistungen mehr um die Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge zu entziehen und die Zusammenarbeit mit den**

**Ländern in den Krisenregionen der Welt. In diesen Ländern sollten in Zukunft die Asylanträge in der deutschen Botschaft oder Botschaften anderer europäischer Länder gestellt werden. Die Flüchtenden hätten somit schnellere Gewissheit und müssten sich nicht auf wochenlange gefährliche Reisen begeben. Abgelehnte Asylbewerber sind sofort abzuschicken ohne Rücksicht auf vorgeschobene Krankheiten oder Reiseunfähigkeiten.**

## **# 2: Schengen aussetzen, Dublin durchsetzen**

**In der Flüchtlingskrise werden geltende Gesetze außer Kraft gesetzt. Sowohl auf kommunaler Ebene, staatlicher Ebene aber auch auf EU Ebene hebeln die Etablierten Vereinbarungen einfach aus und stürzen Deutschland und Europa ins unkalkulierbare Chaos.**

Die beiden wichtigsten Staatenübergreifenden Abkommen der EU die in der Flüchtlingskrise besondere Beachtung finden sollten sind das Schengener Abkommen das 1995 und das Dubliner Abkommen das 1997 in Kraft trat.

Das Schengener Abkommen regelte die Abschaffung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten, die das Abkommen unterzeichnet hatten. Personenkontrollen an den Grenzen fanden immer weniger statt. Heute sind sie praktisch nicht mehr vorhanden. In Notsituationen dürfen die Mitgliedsstaaten eigenmächtig die Grenzkontrollen wieder einführen, so geschehen im Sommer 2015 während des G 7 Gipfel in der Bundesrepublik Deutschland. Über 3500 Festnahmen wurden in nur wenigen Tagen getätigt. Das entspricht ziemlich genau jedem Hundertsten der kontrolliert wurde. Im Sommer war die anhaltende Asylflut noch nicht auf dem hohen Stand vom Herbst 2015. Es lässt sich nur noch erahnen, wie viele Kriminelle, Extremisten und sogar Terroristen täglich unentdeckt in unser Land einreisen.

Das Dubliner Abkommen besagt, dass ein Asylbewerber in dem EU Mitgliedsstaat das Asylverfahren durchläuft und registriert wird, in dem er zuerst EU Boden betritt. Deutschland mit seiner zentralen Lage kann also theoretisch gar nicht in der Pflicht stehen so viele Flüchtlinge aufzunehmen wie im Moment. Andere EU Mitgliedsstaaten wie Österreich, Ungarn, Griechenland oder Slowenien setzen dieses Abkommen quasi eigenmächtig außer Kraft, obwohl dies nicht so einfach möglich ist, wie beim Schengener Abkommen. Mit Zügen, Bussen oder zu Fuß schicken sie die Flüchtlinge zur Durchreise nach Deutschland weiter um nicht selbst den Aufwand haben zu müssen die „Flüchtlinge“ zu registrieren, zu beherbergen und zu verpflegen.

Die Bundesrepublik Deutschland im Gegenzug macht nicht von ihrem Recht gebrauch und schickt die „Flüchtlinge“ nicht zurück in die EU Länder aus denen sie gekommen sind. Das Dubliner Abkommen regelt aber genau das.

**Die Partei DIE RECHTE fordert hier nichts anderes als die Durchsetzung und Ausführung von bereits bestehenden Gesetzen, die aus falsch verstandener Menschlichkeit einfach außer Kraft gesetzt oder missachtet werden. Auf dem Rücken der eigenen Bevölkerung werden die „Flüchtlinge“ zu zehntausenden jede Woche in unser Land gelassen und legen sich hier bei uns in die soziale Hängematte. Damit muss Schluss sein!**



## **# 3: Stoppt die Überfremdung Baden-Württembergs**

**Stoppt die Überfremdung von Baden-Württemberg: Wir Deutschen wollen nicht zur Minderheit in unserem eigenen Land werden, nur damit die Träume einiger Multi-Kulti Fanatiker in Erfüllung gehen! Kein weiterer Zuzug aus Osteuropa! Keine Masseneinwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts! Für eine sofortige Ausweisung aller abgelehnten Asylbewerber und aller straffällig gewordenen Ausländer in Baden-Württemberg und Gesamtdeutschland.**

Im Jahr 2014 lebten rund 10,7 Millionen Menschen in Baden-Württemberg. Laut Angaben des Innenministeriums von Baden-Württemberg sind von diesen 10,7 Millionen Menschen 1,4 Millionen Ausländer. Als Ausländer werden in dieser Statistik allerdings nur Menschen geführt, die auch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Eingebürgerte Ausländer oder hier Geborene, die gleich mit dem deutschen Pass ausgestattet werden, fallen nicht in diese Kategorie.

Nehmen wir als Beispiele die Städte Stuttgart, Pforzheim und Karlsruhe. Stuttgart als Landeshauptstadt hat knapp 600.000 Einwohner. Gemäß dem Zensus von 2011 hatten 38,6 % der Einwohner einen Migrationshintergrund. Dies bedeutet, dass sowohl eingebürgerte Ausländer sowie auch Ausländer mit ausländischem Pass gemeint sind. Bei den unter 5-jährigen lag der Anteil bereits 2007 bei 64 %. Eine Besserung der Situation ist bislang allerdings nicht eingetreten, sodass heute von einem noch höheren Anteil ausgegangen werden kann.

In Pforzheim verhält es sich mit diesen Zahlen ähnlich. Hier lebten gemäß der Volkszählung 2011 knapp 120.000 Menschen. Davon hatten 46,6 % einen Migrationshintergrund, das heißt, mindestens einen Elternteil, der im Ausland geboren ist, eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder nach 1955 zugewandert ist. Pforzheim führt die Statistik in dieser Kategorie in Baden-Württemberg an. Bei den unter 3-jährigen waren es 2008 schon 71,1 % die einen Migrationshintergrund hatten. Das bedeutet, dass nur noch eins von vier geborenen Kindern in Pforzheim deutsche Wurzeln hat. Die restlichen drei haben ihre Wurzeln im Ausland.

In Karlsruhe verhalten sich die Zahlen noch nicht ganz so dramatisch wie in den beiden anderen angeführten Städten. Im Jahr 2012 hatte Karlsruhe fast genau 300.000 Einwohner. Davon hatten 15,8 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. In absoluten Zahlen sind das knapp 47.400 Ausländer. Hinzu kommen noch einmal rund 30.000 deutsche Staatsbürger, die einen Migrationshintergrund besitzen. Zusammengezählt ergibt dies bei 300.000 Einwohnern 77.400 Menschen die nicht deutscher Abstammung sind. Da in Karlsruhe aber auch noch die zentrale Erstaufnahmestelle quasi täglich von Asylanten überrannt wird ist hier in den nächsten Jahren weiterhin mit einem Anstieg des Ausländeranteils zu rechnen.

Auf diversen Asylinfoveranstaltungen wurde es von Landräten wie Ragnar Watteroth bereits prophezeit, dass auch im kleinsten Dorf im Landkreis Karlsruhe Asylunterkünfte entstehen werden.

In Großstädten, wie oben aufgeführt, sind wir Deutschen bereits zur Minderheit im eigenen Land geworden. Kopftücher und Burkhas, die z.B. in Frankreich bereits verboten sind, prägen schon seit längerer Zeit die Stadtbilder. Die etablierten Politiker und Parteien unternehmen nun alles damit diese Situation auch in den ländlicheren Gebieten eintrifft. Parallelgesellschaft, Ghettoisierung, Bandenkriminalität und Überfremdung sollen auch hier Einzug halten.

**DIE RECHTE stellt sich klar gegen die Überfremdung unserer Heimat. Schluss mit dem unbegrenzten Zuzug von Asylanten. Schluss mit dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte die zu einem Lohndumping in Deutschland führen und nur der Wirtschaft dienlich sind. Kriminelle Ausländer sind sofort des Landes zu verweisen und mit einem lebenslangen Einreiseverbot zu verhängen! Der Schutz und Fortbestand unseres Volkes und seiner Kultur muss oberste Pflicht für jeden Volksvertreter sein!**

## **# 4: Bewahrung der deutschen Identität, kein Verzicht auf deutsche Interessen**

Deutschland ist ein Land mit tausendjähriger Geschichte, Kultur, zahllosen Traditionen und Dialekten. Diese Eigenschaften prägen die Deutschen und stiften die Identität, um als gemeinsames Volk in einem souveränen Staat leben zu können. Eines unserer Kernanliegen ist, dass die Deutsche Identität auch im 21. Jahrhundert und darüber hinaus erhalten bleibt.

Seit einigen Jahrzehnten ist die Selbstaufgabe der deutschen Sprache durch massenhafte Übernahme von Fremdworten zu beobachten. Insbesondere durch die Werbung werden immer neue Anglizismen eingeführt und verbreiten sich rasch in Teilen des Volkes. Dies kann nicht nur zu Kommunikationsstörungen führen sondern bewirkt vor allem ein Verkümmern unserer Muttersprache. Wir treten daher für die Einführung einer Akademie zum Schutz der deutschen Sprache ein, welche neue Worte eindeutsch und bereits verdrängte wieder belebt. Ein generelles Werbeverbot in ausländischen Sprachen muss erlassen werden und auch die Medien haben sich wieder ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen. Künftige Rechtsschreibereformen sind nur noch durch Volksabstimmungen zu legitimieren

Die deutsche Kultur mit seinen zahlreichen Prägungen ist in der ganzen Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Insbesondere Vereine, die sich mit der Pflege von Traditionen, regionaler oder gesamtdeutscher Geschichte, Kunst und Musik verdient machen, sind staatlich zu fördern. Gleichzeitig sind übermäßige fremde Einflüsse, wie z.B. die Amerikanisierung zurück zu drängen und durch ein Wiederentdecken der eigenen Kultur zu ersetzen.

Am 21. Okt. 1987 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden:

„(...) Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten“.

Um dieser Pflicht gerecht zu werden bedarf es der Umkehr der negativen demografischen Entwicklung und auch der Eindämmung ungezügelter Zuwanderung. Wir wollen daher umsetzen, dass die Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern aufgehoben wird.

Darüber hinaus bedarf es einer Straffung der Asylverfahren und sofortiger Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags oder Wegfall des Asylgrundes. Ferner muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um eine eigene Ermittlungsabteilung zur Identitätsklärung von Ausländern erweitert werden, um Asylmissbrauch effektiv entgegen treten zu können. Ausländer, die wiederholt oder schwere Straftaten begangen haben müssen ausgewiesen werden.

Alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands und die Sicherung seiner Zukunft würden sinnlos, wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer "Europäischen Union" aufzulösen. Wir fordern, in angemessener Zeit die Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibs Deutschlands in der Europäischen Währungsunion und ggf. die Möglichkeiten für die Wiedereinführung der Deutschen Mark zu prüfen. Die grenzenlose und nicht mehr von unserem Volk kontrollierte Übertragung von Souveränitätsrechten, insbesondere auch in der Außen- und Verteidigungspolitik, an eine bürgerferne europäische Hoheitsgewalt, die unsere staatliche Eigenverantwortung aufhebt, lehnen wir ab.

Das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen ist für das ganze deutsche Volk ebenso unverzichtbar wie für jedes andere Volk der Welt. Wir wollen dieses Lebensrecht in einem freiheitlichen und demokratischen, sozialen und deutschen Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes auf der Grundlage eines gleichen Rechts für alle Menschen, Völker und Staaten sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts verwirklichen. Die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen. Wir wissen aber auch, dass nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur dieser Lage herbeiführen kann und darf.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Pflicht, deutschen Volksgruppen und Minderheiten Schutz und Fürsorge zu gewähren. Gleichzeitig muss diesen Landsleuten der Weg in die Bundesrepublik auch in Zukunft offen stehen.

## **# 5: Sicherheit, Recht und Ordnung**

**Sicherheit, Recht und Ordnung sind Rahmenbedingungen, die von einem Staat geschaffen werden müssen, um die Sicherheit der im Staat lebenden Bürger gewährleisten zu können. Was in der BRD allerdings passiert ist das genaue Gegenteil. Baden-Württemberg bildet hier leider keine Ausnahme.**

Durch sukzessiven Stellenabbau bei der Polizei und immer mehr Zusammenlegungen von Polizeirevieren in der Region, ist die Polizei in ihrer derzeitigen Stärke schon über die Grenze ihrer Belastung hinaus. Zusätzlich zu ihrer normalen Tätigkeit kommt im Moment die Mehrbelastung durch die Flüchtlingskrise hinzu.

So titelten Medien, dass die Polizei alleine in Karlsruhe knapp 50 Einsätze am Tag fahren muss, die sich ausschließlich um Flüchtlinge drehen. In einem Jahr wurden alleine in den Erstaufnahmestellen in Baden-Württemberg 1870 Einsätze verzeichnet. Das sind im Schnitt rund fünf Einsätze am Tag. Die Delikte reichen von Ruhestörung bis hin zu Massenschlägereien zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Andere Unterbringungen, wie die anschließenden Gemeinschaftsunterkünfte, sind hierbei noch gar nicht mitgezählt.

Allein diese Mehrbelastung stellt die Polizei vor große Aufgaben. Ihre normale Tätigkeit bleibt daher leider immer öfter auf der Strecke. Dabei gäbe es in Baden-Württemberg viele Punkte, an denen es anzuknüpfen gilt. In Städten wie Stuttgart und Karlsruhe gibt es schon lange so genannte „No-Go-Areas“ in die man sich als Deutscher zu gewissen Uhrzeiten besser nicht mehr traut. Längst hat die Polizei, durch ihre Unterbesetzung, die Kontrolle über ganze Stadtviertel verloren und wird diese auch so schnell nicht wieder gewinnen.

Auch die Feuerwehren beklagen sich zunehmend über die Mehrbelastung durch die Flüchtlingskrise. So wurde bekannt, dass schon mehrere Fehlalarme in Fürstfeldbruck und anderen Orten stattfanden, bei denen Einheiten der Feuerwehr in Flüchtlingsheime ausrückten, obwohl überhaupt keine Gefahr bestand und den Bewohnern scheinbar einfach nur langweilig war.

Natürlich wäre es mitunter eine Kapitulation des Staates, einfach die Polizei und andere Sicherheitsbehörden zu verstärken und damit höhere Kosten zu verursachen um die gestiegenen Aufgaben bewerkstelligen zu können. Man würde hier nur ein Symptom bekämpfen, nicht aber unbedingt das Übel an der Wurzel packen. Bis zu einer Eindämmung der Flüchtlingskrise und organisiertem Verbrechen ist es aber unabdingbar, dass mehr Polizisten ausgebildet und eingestellt werden. Eine andere Möglichkeit, die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung zu garantieren gibt es vorerst nicht.

**DIE RECHTE fordert daher einen sofortigen Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei um die Sicherheit und den normalen Alltag in der Bundesrepublik weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die bereits vorhandenen Polizeikräfte müssen gezielt eingesetzt und nicht „verschwendet“ werden bei einem irrsinnigen „Kampf gegen Rechts“, bei denen gegen einen imaginären Gegner gekämpft wird, während man die wahren Kriminellen der Antifa und organisierten ausländischen Banden weiterhin auf Deutschlands Straßen gewähren lässt. Eine Aufstockung der Polizei muss umgehend erfolgen, da die jetzigen Beamten bereits an der Grenze der Belastbarkeit sind. Wie es z.B. in Karlsruhe der Fall ist, ist in den Abendstunden ein Polizeirevier für ein Einzugsgebiet für mehrere zehntausend Menschen zuständig. Das sind unhaltbare Zustände, die sofort behoben werden müssen. Der Staat muss die Sicherheit seiner Bürger garantieren können. Tag und Nacht.**

## **# 6: Kriminalität bekämpfen**

**Längst ist Baden-Württemberg, genau so wie Gesamtdeutschland, zu einem Paradies für Kleinkriminelle, aber auch organisierte Verbrecherbanden geworden. Bereits jetzt gibt es in allen baden-württembergischen Großstädten bekannte Treffpunkte für Drogenhandel und Straßenprostitution. Diebstähle und Trickbetrug stehen in den belebten Fußgängerzonen ebenfalls auf dem Tagesprogramm. In manchen deutschen Großstädten beherrschen große ausländische Familienclans ganze Straßen und nicht einmal die Polizei traut sich mehr dort hinein.**

Wie bereits erwähnt befindet sich unsere Polizei durch drastische Einsparungen personell in einer dauerhaften Unterbesetzung. Damit nicht genug werden die wenigen Polizisten auch noch mit stundenlangem Schreiben von Dienstberichten zeitlich weiter eingeengt. Während mancher Polizist immer noch damit beschäftigt ist, seine Berichte für den abgelaufenen Tag zu schreiben, sind die festgenommenen Täter schon lange wieder auf freiem Fuß und gehen

ihren kriminellen Tätigkeiten weiter nach. Die Polizei erhält von Staatsanwaltschaft und Richtern keinerlei Rückendeckung.

Jugendliche Straftäter, insbesondere mit arabischen Wurzeln, haben oft Vorstrafen, die ganze Aktenordner füllen, trotzdem aber auf freiem Fuß sind und nicht abgeschoben werden. Eine Bewährungsstrafe nach der anderen wird von Richtern verhängt, die mit falscher Kuscheljustiz tickende Zeitbomben immer wieder auf die Allgemeinheit los lassen.

So wurde in Baden-Württemberg 2013 ein Fall bekannt, bei dem ein bereits zur Bewährung verurteilter Kinderschänder aus Bad Schönborn sich zwei Jahre nach seinem ersten Schuldspruch nochmals wegen 123 Fällen von Kindesmissbrauch vor Gericht verantworten musste.

Wir befürworten eine Verschärfung der Gesetze zur Bekämpfung schwerster Kapitalverbrechen, beispielsweise Menschenraub, Vergewaltigung und auch Rauschgifthandel. Wir wenden uns dagegen, dass Strafrecht und Strafvollzug unnötig aufgeweicht werden.

**Die Partei DIE RECHTE fordert daher das konsequente Durchgreifen gegen die organisierte Kriminalität. Grundvoraussetzung hierfür ist eine handlungsfähige, hinreichend ausgerüstete Polizei, die nicht länger Prügelknabe einer verfehlten Politik sein darf.**

**Bekannte Drogenumschlagsplätze und Straßenstriche sind so schnell wie möglich aufzulösen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Eine so genannte Kuscheljustiz, die vor allem von Richtern, die aus der 68er Generation stammen, betrieben wird, ist umgehend einzustellen. Der Staat muss gerade gegenüber ausländischen Straftätern souverän auftreten und sich nicht von ihnen vorführen lassen. Bei Kapitalverbrechen wie Kindesmissbrauch, Vergewaltigung, Totschlag oder Mord sind deutsche Täter natürlich ebenfalls mit der höchsten Strafe des Gesetzes zu belegen. Ausländische Täter müssen umgehend nach Verurteilung abgeschoben werden und die Haftstrafe in Gefängnissen in ihrem Heimatland absitzen und nicht in deutschen „Luxusgefängnissen“. Richter die mit falschen und zu laschen Urteilen Straftäter wieder auf die Bevölkerung loslassen sind ihres Amtes nicht mehr würdig und müssen dessen enthoben werden. Das Gleiche gilt für Psychologen die z.B. Sexualstraftätern eine positive Sozialprognose ausstellen, die dann aber wieder sofort rückfällig werden. In beiden Fällen sind die Mitverursacher der Wiederholungstat mit in Haftung zu nehmen, um der laschen Auslegung unserer bestehenden Gesetze Einhalt zu gebieten.**

## **# 7 : Schützt unsere Kinder und Frauen**

**Kinder bilden die Zukunft unseres Volkes. Sie sind die Schwächsten in einer Gesellschaft in der jeder nur noch auf sich selbst schaut. Wer sich an ihnen vergreift, der vergreift sich auch an der Zukunft unseres Volkes und hat seine Daseinsberechtigung in einer solidarischen Volksgemeinschaft verloren. Selbiges gilt für Täter, die sich an Frauen vergehen.**

Doch nicht nur fremde Täter vergehen sich an den Kindern anderer, oftmals findet der Missbrauch in der eigenen Familie statt. Was sich dort abspielt kann vielschichtig sein. Das kann anfangen bei psychischer Gewalt wie der dauerhaften Vernachlässigung, geht weiter

über körperliche Züchtigung, schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung und Mord. Dinge die normale Eltern eigentlich gar nicht begreifen können, spielen sich in dieser Republik aber zu tausenden Fällen täglich ab. Man muss leider zugeben, dass sich solche Dinge niemals zu 100 % werden verhindern lassen können. Der Staat hat aber die Möglichkeit in gewissen Problemfällen frühzeitig zu erkennen, dass in der Familie etwas schief läuft. Es ist leider traurige Gewissheit, dass sich viele Gewalttaten und sogar Todesfälle hätten verhindern lassen, wenn die Angestellten der Jugendämter besser auf die Anzeichen geachtet hätten.

Das liegt zum einen an einer eventuell schlechten Ausbildung der Mitarbeiter, an persönlichem Desinteresse oder aber auch an der teils großen Überforderung, die auf manchen Mitarbeitern lastet. Es kommt nicht selten vor, dass ein Mitarbeiter des Jugendamtes 100 Familien zu betreuen hat. Das hier oftmals nicht einmal mehr das Nötigste getan werden kann versteht sich leider von selbst. Für eine ordentliche Betreuung müssen in diesen Ämtern Stellen geschaffen und mit gut ausgebildeten Mitarbeitern besetzt werden. Diese haben dann in regelmäßigen Abständen unangemeldete Besuche bei straf- und verhaltensauffälligen Eltern, Pflegeeltern, Kinderheimen und diversen anderen Institutionen, in denen Kinder von Erwachsenen betreut werden, durchzuführen. Nur so lassen sich gefährliche Tendenzen frühzeitig erkennen und menschliche Tragödien zumindest minimieren.

Was bei Kindern leider schon trauriger Alltag ist, wird auch bei Frauen immer mehr zum täglichen Dilemma. Täglich liest man in den Medien von Vergewaltigungen und Gewalt gegenüber Frauen, bis hin zu Schwangerschaftsabbruch oder Mord. Nicht selten sind gerade bei den Verbrechen Vergewaltigung, Schwangerschaftsabbruch und Mord ausländische Staatsangehörige die Täter. Auch bei körperlicher Gewalt gegen Frauen sind Ausländer bzw. Asylanten immer wieder auffällig oft die Täter, obwohl ihr Anteil in der Bevölkerung noch relativ gering ist. So vergewaltigte ein tunesischer Asylbewerber am 26. Juli 2015 eine Frau in Karlsruhe Durlach. Die Medien und die Polizei hielten den Vorfall für drei Wochen geheim um keine Stimmung in der Bevölkerung gegen Asylanten zu erzeugen. Am 27. Oktober 2015 griffen zwei algerische Asylbewerber eine Frau in Karlsruhe in der Nähe der LEA an und schlugen ihr brutal mit der Faust ins Gesicht, wobei sie erhebliche Verletzungen davon trug.

**DIE RECHTE fordert hier ganz klar eine Verschärfung der bestehenden Gesetze, um die Schwächsten unserer Gesellschaft vor Übergriffen zu schützen. Hohe Haftstrafen sollen die Täter schon im Voraus von Straftaten abschrecken. Begangene Taten müssen mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Falsche Toleranz und Kuschelpädagogik helfen nur den Tätern, niemals aber den Opfern. Ausländische Täter sind sofort des Landes zu verweisen und der Justiz im Heimatland zu übergeben.**

**Vorbestrafte Kinderschänder und Sexualstraftäter, die aus der Haft entlassen wurden, sind öffentlich der neuen Nachbarschaft zu melden und müssen sich täglich bei der Polizei melden oder rund um die Uhr überwacht werden z.B. mit einer elektronischen Fußfessel.**

**Um menschliche Tragödien weitestgehend verhindern zu können müssen die Mitarbeiter des Jugendamtes unbedingt besser geschult und personell deutlich verstärkt werden. Sämtliche Institutionen in denen Kinder verkehren und Personen die in ihrer täglichen Arbeit mit Kindern zu tun haben, wie z.B. Pflegeeltern und Heimbetreuer, müssen in regelmäßigen Abständen ohne vorherige Anmeldung von unterschiedlichen Mitarbeitern des Jugendamtes besucht und überprüft werden.**

## **# 8: Die traditionelle Familie fördern**

**Die traditionelle Familie in Deutschland ist von den etablierten Parteien zum Auslaufmodell ernannt worden. Während das klassische Familienbild von Mann und Frau und möglichst vielen Kindern immer mehr in den Hintergrund treten soll, verkommt unser Land zu einer Republik voller Singlehaushalte. Im Gegenzug werden alternative Lebensmodelle, wie die Homoehe, als Fortschritte unserer Zeit betrachtet und medial dementsprechend ins Rampenlicht gerückt.**

Die Familie bildet die kleinste Keimzelle eines Volkes. Ohne Familien stirbt das Volk nach und nach aus. Daher ist die traditionelle Familie unter besonderen Schutz des Staates zu stellen, da sie nicht nur dem Volk sondern auch dem Staat ein Fortbestehen sichern. Deutsche Familien sind gesellschaftlich sowie finanziell nachhaltig durch den Staat zu fördern. Ziel einer überlegten Familienpolitik muss die Entlastung der Eltern, der Mutter im Besonderen, das Wohl des Kindes und die Abwendung der drohenden demografischen Katastrophe zur Folge haben.

Seit einigen Jahren ist der so genannte „demografische Wandel“ in den Medien und der Politik angekommen. Die Deutschen bekommen schlichtweg zu wenige Kinder. Im Jahr 2012 lag die Geburtenrate in der BRD bei 1,38 Kindern pro Frau. Eine Geburtenrate von über 2 wäre notwendig um das Volk zumindest nicht weiter schrumpfen zu lassen. Die Etablierten argumentieren dadurch, dass Deutschland mehr als eine halbe Million Einwanderer pro Jahr benötigt um den Geburtenschwund auszugleichen. Im Jahr 2014 erreichte Deutschland die traurige Nachricht, dass wir mittlerweile auf dem letzten Platz bei der Anzahl von Neugeborenen weltweit liegen. Ein Zustand der schnellstmöglich geändert werden muss, um unserem Volk auch ein Überleben im 21. Jahrhundert zu ermöglichen.

**DIE RECHTE fordert den besonderen Schutz der traditionellen Familie gegenüber alternativen Lebensmodellen. Homosexuelle Paare können die normale Familie nicht ersetzen und sind daher auch rechtlich und steuerlich nicht berechtigt auf die gleiche Stufe gestellt zu werden. Das Adoptionsrecht für Homosexuelle lehnen wir strikt ab, da nur das Leitbild von Vater und Mutter eine gesunde Entwicklung des Kindes gewährleisten kann.**

**Zusätzlich fordern wir die Einführung eines zinslosen Ehestandsdarlehens über 20.000 € für junge Familien. Für jedes geborene deutsche Kind erlässt der Staat 5.000 € des zuvor geliehenen Geldes und bietet jungen Familien damit eine optimale finanzielle Situation. Durch dieses Darlehen wird nicht nur die Wirtschaft angekurbelt, vielmehr erhöht das Ehestandsdarlehen bereits nach zwei Jahrzehnten die jährlichen Steuereinnahmen.**

**Selbstverständlich treten wir für eine deutliche steuerliche Entlastung von Familien gegenüber kinderlosen Paaren oder Alleinlebenden ein. Darüber hinaus müssen Eltern gegenüber Kinderlosen auch bei der Zahlung von Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung entlastet werden. Kindergeld darf nur deutschen Staatsangehörigen und EU-Bürgern gezahlt werden.**

**Trotz der dramatischen demografischen Entwicklung werden jährlich noch immer hunderttausende Kinder im Mutterleib durch Abtreibung getötet. Wir fordern, dass Abtreibungen nur noch in wenigen Härtefällen auf Wunsch der werdenden Mütter**

**durchgeführt werden dürfen. Härtefallregelungen können z.B. bei Schwangerschaften aus Sexualdelikten, bei erwiesenen schweren Behinderungen der Kinder oder bei lebensbedrohlichen Gefahren für die werdenden Mütter in Kraft treten.**

## **# 9: Die Aufgabe Mutter honorieren**

**Der höchste Dienst, den eine Frau an ihrem Volk verrichten kann, ist ihm durch möglichst viele Kinder eine Zukunft zu sichern. Die Aufgabe der Mutter wird heutzutage nur noch als Last angesehen und zum Teil auch gesellschaftlich geächtet.**

Die Aufgabe der Mutter in unserer Zeit wird zum Teil nur noch belächelt. Wertlose Besitztümer, Selbstverwirklichung und Egoismus sorgten dafür, dass Deutschland mittlerweile die niedrigste Geburtenrate der Welt aufweist. Doch nur mit genügend eigenem Nachwuchs lässt sich auch der Bestand des eigenen Volkes in biologischer Hinsicht sichern und die Sozialsysteme und Renten der Zukunft weiter aufrechterhalten.

Durch mediale Umerziehung wird den Frauen von heute eingetrichtert, dass sie sich lieber selbst verwirklichen sollen, anstatt sich in den natürlichen Dienst ihres Volkes zu stellen. Die Medien zeigen uns das Bild der erschöpften, unausgeglichenen und dauergestressten Mutter, der das Bild der erfolgreichen, entspannten und gut verdienenden Karrierefrau gegenüber steht. Familien die mehr als zwei Kinder haben werden heutzutage schon belächelt und hinter vorgehaltener Hand als „asozial“ betitelt. Diesem Trugschluss geben sich heutzutage leider viel zu viele, besonders junge, Frauen hin und entscheiden sich dagegen Kinder zu bekommen.

**DIE RECHTE fordert, dass die Funktion der Mutter als Arbeitsleistung anerkannt und durch ein Müttergehalt entlohnt werden muss. Das Müttergehalt ist jeder deutschen Frau zu zahlen, die sich zeitweilig oder gänzlich aus dem Berufsleben zurückzieht, um ihre Kinder groß zu ziehen. Die daraus resultierenden Fehljahre im Berufsleben sind der Mutter bei ihrem Rentenanspruch voll anzurechnen. Mediale Hetzkampagnen die das gesellschaftliche Ansehen der Mutter schädigen sind als Volksverhetzung zu ahnden und zu bestrafen.**

## **# 10: Kindergarten- und KITAPlätze schaffen**

**Der demografische Wandel in Deutschland lässt unsere Gesellschaft immer älter werden, während wir leider immer weniger deutschen Nachwuchs bekommen. Gleichzeitig reicht aber oft ein Verdienst in der Arbeitswelt nicht mehr aus, um eine Familie davon ernähren zu können. Durch diese beiden Umstände ist es fast unumgänglich geworden, dass beide Elternteile einer geregelten Arbeit nachgehen. Aufgrund dieser Umstände müssen Eltern ihre Kinder oftmals schon vor dem dritten Lebensjahr in einer Kindertagesstätte unterbringen.**

Bis eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes stattgefunden hat, nach der es wieder Löhne gibt, die einen Alleinverdiener auch eine Familie ernähren lassen, müssen



Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dafür sorgen, dass genügend Kindergartenplätze und KITA Plätze zur Verfügung stehen. Es ist nicht selten der Fall, dass man auf einen Platz in einer Regelgruppe in einem Kindergarten mehr als ein Jahr warten muss. Flüchtlingskinder werden in manchen Regionen bereits bevorzugt angenommen und deutsche Kinder auf der Warteliste werden benachteiligt. Zumindest werden für Flüchtlingskinder aber schneller die notwendigen Hebel in Bewegung gesetzt, als das bei einheimischen Kindern bislag der Fall war. Während Kinder aus Asylantenfamilien keinen oder fast keinen Beitrag für die Unterbringung ihrer Kinder bezahlen müssen, steigen die Beiträge für deutsche Familien jedes Jahr um knapp zwei Euro im Monat pro Kind.

Die Gleichberechtigung der Frau muss die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung trotzdem beinhalten. Für freiwillig berufstätige Mütter muss eine außerfamiliäre Betreuung der Kinder während der Arbeitszeiten durch staatliche Einrichtungen garantiert werden. Hier hat der Staat den Bedarf an Krippen-, Hort-, und Kindergartenplätzen in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Ferner müssen Wiedereingliederungshilfen für Frauen stattfinden, die nach längeren Pausen in ihren Beruf zurückkehren wollen.

**DIE RECHTE fordert daher, dass das Angebot von Kindergartenplätzen und KITA Plätzen dementsprechend ausgebaut wird und die dementsprechend neu entstehenden Arbeitsplätze mit beruflich qualifiziertem Personal zu besetzen sind. Sowohl KITA als auch Kindergartenplätze sind zuerst an deutsche Kinder zu vergeben und nicht an ausländische Kinder oder Kinder aus Asylantenfamilien. Den immer teurer werdenden Preisen für die Unterbringung von Kindern in Kindergärten ist von staatlicher Seite Einhalt zu gebieten.**

## **# 11: Mehr Geld für Schulen in Baden-Württemberg**

**Veraltete Schulbücher, zu wenig Lehrer, zu große Klassen und marode Schulgebäude. Deutschland spart an der wichtigsten Ressource für die Zukunft die es überhaupt hat, die Ausbildung seines Nachwuchses.**

Es steht nicht besonders gut um Deutschlands Schulen, Baden-Württemberg bildet auch hier keine Ausnahme. Zwar ergab eine Umfrage unter 3.000 Eltern deutschlandweit, dass unser Bundesland im Vergleich zu anderen Bundesländern immer noch besser dasteht, jedoch sind das gewiss keine Zahlen auf denen man sich ausruhen kann. Immer noch gibt es in Baden-Württemberg jede Menge marode Schulen, die sanierungsbedürftig sind und vor sich hin gammeln.

Wo es in unserem Bundesland allerdings hapert ist die Anzahl der Lehrer. Immer wieder fallen Stunden aus, weil Lehrer krank sind, im Schullandheim oder auf Fortbildungen sind und es einfach keinen Ersatz gibt. Die Stellen hierfür sind schlichtweg zu knapp kalkuliert. Dies ist natürlich besonders ärgerlich für Eltern von Grundschulern, die oftmals ihre komplette Tages- und Wochenplanung über den Haufen werfen müssen. Von verpasstem Unterrichtsstoff, der dann oftmals von den Eltern zu Hause aufgearbeitet werden muss erstmal gar nicht angefangen.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, woher das Personal und die Voraussetzungen für so genannte „Flüchtlingsklassen“ kommen. Hierbei handelt es sich um Klassen, die ausschließlich aus Flüchtlingskindern bestehen, die aus den verschiedensten Nationen kommen und oftmals nicht einmal eine gemeinsame Sprache sprechen. Die hier gebundenen

Lehrkräfte können oft nicht mehr tun, als die Schüler zu verwalten, an normalen Unterricht ist hier leider gar nicht erst zu denken. Trotzdem sollen im nächsten Jahr rund 600 neue Lehrer eingestellt werden die sich nur um Flüchtlingsklassen kümmern werden. Anfang dieses Schuljahres wurden bereits 562 neue Lehrkräfte hierfür eingestellt. Zusätzlich sollen drei Millionen Euro zur vorschulischen Sprachförderung zur Verfügung gestellt werden. Diese Förderung lehnen wir strikt ab, da es sich offiziell bei Flüchtlingen um Menschen handelt die sich temporär in unserem Land aufhalten und dieses auch wieder zu verlassen haben.

**DIE RECHTE fordert daher, dass deutsches Geld für deutsche Kinder und deren Schulausbildung verwendet wird. Schulklassen, die nur aus Asylanten bestehen blockieren Mittel, die in die Ausbildung deutscher Kinder fließen muss. Wo jahrelang gesagt wurde, dass kein Geld zur Verfügung steht, werden auf einmal Millionenbeträge frei. Schulgebäude sind den neuesten Sicherheitsstandards anzupassen und müssen jährlich geprüft und sofort saniert werden, sofern es nötig ist.**

**Die Lehrmittel für Schüler sind auf den neuesten Stand zu bringen. Gerade im Hinblick auf die immer schneller werdende technologische Entwicklung ist es notwendig Schüler schon in der Schule mit den wichtigsten Geräten für den späteren Berufs- und Lebensweg arbeiten zu lassen und vertraut zu machen.**

## **# 12: Jugendzentren erhalten und ausbauen**

Für mehr Jugendzentren und Treffpunkte: Fördern statt vertreiben. Für eine qualifizierte Betreuung junger Menschen!

Die Sparpolitik der herrschenden Parteien geht zu Lasten junger Menschen: Gerade jene Bevölkerungsgruppe, der eigentlich das besondere Interesse „unserer“ Volksvertreter gelten sollte, denn die Jugend ist bekanntlich die Zukunft des Volkes, wird zunehmend in den Schatten gestellt. Parallel zum Bildungsabbau werden Gelder für Jugendzentren eingespart oder Treffpunkte geschlossen. In Karlsruhe wurde z.B. der Kinder- und Jugendhort im Stadtteil Waldstadt geschlossen, der früher immer ein gern gesehener und benutzter Treffpunkt für deutsche Jugendliche gewesen ist. Förderungen gibt es lediglich für Umerziehungszentren, in denen linksbürgerliche Pädagogen versuchen Kindern und Jugendlichen ihr Verständnis von einer wertefreien, multikulturellen Gesellschaft zu vermitteln – mit einem angemessenen Umgang, der die Entwicklung der Jugend fördert, hat diese Zersetzung aber wahrlich nichts mehr gemeinsam.

Wenn Jugendliche Abends im Alkohol- und Drogenrausch auf den Parkplätzen von Supermärkten herumlungern, haben etablierte Politiker nichts anderes zu tun, als den Einsatz von Ordnungsamt und Polizei gegen diese Menschen zu fordern, um die ungewünschte Erscheinung aus dem Stadtbild zu verdrängen. Tatsächlich löst diese Verdrängung jedoch keine Probleme, sondern verlagert und verschlimmert diese sogar. Es ist die Aufgabe einer Politik, die sich wirklich für das Wohl der Bürger einsetzt, jungen Menschen Anlaufpunkte zu schaffen, an denen sie in ihrer Entwicklung unterstützt werden, aber gleichzeitig einen Umgang mit anderen Jugendlichen in ihrer Freizeit finden, der gemeinschaftliche Werte unterstützt und Verbindungen schafft.

Gesellschaftliche Probleme, wie sie heute insbesondere im Rahmen der Suchtproblematik immer stärker hervortreten, haben nicht selten ihre Kernursache in einer kindlichen Entwicklung, die irgendwann einmal „auf die schiefe Bahn geraten“ ist. Um diese schiefe

Bahn bestenfalls nie zu erreichen, ansonsten aber frühzeitig davon abgebracht zu werden, haben Jugendtreffpunkte eine wichtige Funktion, denn dort sind die jungen Menschen zu erreichen und in der Regel auch zugänglicher für Betreuungsangebote, als in den Schulen, die sich immer mehr durch den gesellschaftlichen Leistungszwang zu einer Massenabfertigung entwickeln. Längst zählt dort nicht mehr nur die Vermittlung von Wissen, welches für das spätere Leben notwendig ist, sondern immer mehr der Wunsch, Schüler schnellstmöglich – im Idealfall mit verkürzter Ausbildungszeit – auf den Arbeitsmarkt zu werfen, um auch dort Steuergelder einzusparen.

**DIE RECHTE ist die Partei in Baden-Württemberg, deren Mitglieder das jüngste Durchschnittsalter haben dürften. Gerade deshalb fällt es vielen Aktivisten nicht schwer, sich in die Lage von Jugendlichen hineinzusetzen und deren Probleme aufzugreifen. Unsere Region braucht endlich wieder mehr Jugendzentren, in denen es möglich ist, ohne Belästigungen durch fremdvölkische Jugendgangs oder rote Pädagogen seine Freizeit zu verbringen. Die gesellschaftliche Entwicklung wird in jungen Jahren geprägt, umso wichtiger ist es deshalb, an dieser Stelle keine falschen Einsparungen vorzunehmen!**

### **# 13: Bildung für deutsche Jugendliche statt Integration**

**Je mehr Bildung jungen Menschen möglichst kostenfrei zur Verfügung steht, umso besser können sie sich eine solide Wissensgrundlage für ihr gesamtes späteres Leben bilden und dementsprechend auch mehr erreichen und zu einem wichtigen Teil der Volksgemeinschaft werden.**

Reich bleibt reich und arm bleibt arm. Diesen Spruch haben sich die Mächtigen aus Wirtschaft, Medien und etablierter Politik schon immer auf ihre Fahne geschrieben und inoffiziell zu ihrem politischen Ziel gemacht. Denn das bedeutet auch den eigenen Machterhalt. Während Politiker, Manager und Möchtegern Promis den Traum einer multikulturellen Gesellschaft träumen, schicken sie ihren eigenen Nachwuchs doch lieber auf teure Privatschulen und Internate anstatt in die überfüllten Schulklassen in den normalen staatlichen Schulen. Dabei könnten ihre Kinder doch gerade hier in den fragwürdigen Genuss der fremdvölkischen Menschen kommen die sich ihre Eltern für den Rest der Gesellschaft so herbeisehnen.

Einer der Grundsteine unserer Vorstellung der deutschen Volksgemeinschaft ist der Grundsatz, dass Bildung nicht Sache des Standes und der Herkunft sein darf. Hochbegabte Kinder, die aus Arbeiterfamilien kommen und die sich eine weiterführende Ausbildung wegen fehlenden finanziellen Mitteln nicht leisten können müssen staatlich gefördert werden.

Immer stärker entscheidet jedoch die Herkunft aus einer bestimmten Bevölkerungsschicht über den späteren Werdegang und definiert Lebensläufe oftmals sogar vor. Gerade diejenigen, die ohnehin über ein geringes Einkommen verfügen, werden durch diese Selektion massiv benachteiligt und finden sich nicht selten in einer Armutsspirale wieder, an deren Ende meistens die Langzeitarbeitslosigkeit steht. Verschiedene Faktoren, beispielsweise massenhafter Alkoholkonsum, Drogenmissbrauch und eine steigende Kriminalität, sind das Resultat des gesellschaftlichen Wandels – statt einer solidarischen Volksgemeinschaft, welche die Schwächsten auffängt, hat sich eine Ellenbogenmentalität durchgesetzt, die auf Konkurrenz basiert und eine Gesellschaft formt, in der Negativerscheinungen einfach ausgeblendet werden.

Die Integration von Asylantenkindern in Flüchtlingsklassen ist zu unterbinden, die bereits verplanten Mittel hierfür sind wiederum in die Ausbildung deutscher Jugendlicher zu investieren. Ausländische Schüler und Schüler mit Migrationshintergrund, die kein oder wenig Interesse an der kostenlosen Schulbildung in Baden-Württemberg haben oder über ungenügende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, müssen von lernwilligen deutschen Schülern getrennt werden. Diese deutschen Schüler müssen sich nicht an der Lerngeschwindigkeit von bildungsfernen Ausländern orientieren sondern müssen in separaten Klassen gemäß ihrer Auffassungsgabe unterrichtet werden.

Öffentliche Einrichtungen wie z.B. Bibliotheken sind staatlich zu fördern, mit neuester Technik auszustatten und deutschen Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

**DIE RECHTE steht auf der Seite der deutschen Schüler und ihrer Eltern. Wenn der übersteigerte Wunsch nach massenhafter Integration zu einem Absinken des Bildungsniveaus führt und die Leidtragenden unsere nächste Generation sind, wird es Zeit, die Notbremse zu ziehen. Öffentliche Gelder gehören zur Förderung deutscher Schüler eingesetzt, nicht für Asylantenklassen oder den multikulturellen Phantasien einiger Gutmenschen.**

## **# 14: Deutsche Geschichte in den Schulunterricht**

**Deutsche Schüler bekommen heutzutage im Schulunterricht einen Schuldkomplex verpasst, den es in der Geschichte noch nie zuvor gegeben hat. Als Nachkommen in der mittlerweile dritten Generation nach dem zweiten Weltkrieg werden sie immer noch in Sippenhaft genommen für Dinge, auf die sie selbst niemals einen Einfluss hatten.**

Monatelang wird im Geschichtsunterricht das Thema „Hitler und das Dritte Reich“ durchgenommen. Gruppenarbeiten, Erzählungen von Überlebenden, Filme wie „Schindlers Liste“, Ausflüge in Konzentrationslager und mit all dem einhergehend natürlich die Überprüfung der eigenen „richtigen“ Gesinnung der Schüler, stehen an der Tagesordnung in deutschen Schulen. Ein in der Welt einmaliger Vorgang. Bis auf den zweiten Weltkrieg werden sämtliche Themenkomplexe der deutschen Geschichte im Schulunterricht höchstens als kleine Randnotiz präsentiert.

Dabei gibt es in der deutsch-germanischen Geschichte so viele Ereignisse, über die man berichten könnte. Angefangen im alten Germanien, im Abwehrkampf gegen Roms Armeen, über die mittelalterlichen Fehden, den 30-jährigen Krieg und die Entstehung des Kaiserreichs bis hin zu den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert, von denen der erste im Schulunterricht fast nicht beachtet wird, obwohl er mitunter die eigentliche Grundlage für den Zweiten darstellte.

**DIE RECHTE fordert daher umfangreiche staatliche Förderungen, die zum Ziel haben den deutschen Schülern ihre eigene Geschichte und damit auch ihre eigene Identität näher zu bringen. Die Lernpläne der Schulen sind dementsprechend abzuändern, Lehrer die versuchen Schüler mit ihrer eigenen Ideologie zu indoktrinieren müssen ihres Postens enthoben werden. Deutsche Geschichte ist so tiefgründig und umfangreich und darf sich nicht auf 12 Jahre NS Herrschaft beschränkt werden. Wer die Geschichte kennt, der kann die Gegenwart verstehen und wird bemerken dass er mit der**

**Zugehörigkeit zum deutschen Volk Teil eines Großen und Ganzen und Mitglied einer einzigartigen Schicksalsgemeinschaft ist.**

## **# 15 : Museen und Ausstellungen für deutsche Kunst fördern**

**Für die Förderung von Ausstellungen und Museen: Ein unverzerrtes, positives und unverfälschtes Heimat- und Geschichtsbild vermitteln, der Umerziehung entgegenwirken!**

Während jede noch so entartete und angebliche Kunst in Baden-Württemberg durch Steuergelder gefördert wird, bleiben Projekte, die tatsächlich dem Allgemeinwohl dienen, auf der Strecke. In einer Zeit, in der Kultur und Tradition zum gesellschaftlichen Auslaufmodell geworden sind, fehlt weiten Teilen der Bevölkerung jede Kenntnis von unserer deutschen Geschichte, Kultur und Identität. Am meisten betroffen ist hier die jüngere Generation. Diese Entwicklung geht einher mit dem Voranschreiten antideutscher Ideologien, sowie einer systematischen Umerziehung, deren Ergebnis ein vermeintlicher Tätervolk-Komplex ist. Dieser tritt gerade deshalb auch bei Generationen auf, die oft Jahrzehnte nach jener Zeit geboren sind, da die Gutmenschen immer wieder den Schuldkomplex gebetsmühlenartig heraufbeschwören. Die über 2000-jährige deutsch-germanische Geschichte wird auf 12 Jahre beschränkt und verunglimpft.

Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Geschichte gehört jedoch gerade das Bewusstsein über das Schicksal unseres Volkes. Schauen wir in die Geschichte, werden wir immer wieder Ereignisse finden, in denen unser Volk in seiner Existenz bedroht war, aber durch Mut, Wille, Opferbereitschaft und ein unüberwindbares Gemeinschaftsgefühl seine Gegner und die drohende Katastrophe abwenden konnte.

Gerade hier in Baden-Württemberg würden sich Ausstellungen über die Reformation, die Bauernkriege, den 30-jährigen Krieg und die deutsch-französischen Kriege anbieten. War das heutige Baden-Württemberg doch in allen Fällen von all diesen Ereignissen betroffen. Gerade der deutsch-französische Krieg kann aufzeigen, wie der Zusammenhalt unseres Volkes, über Grenzen und Stämme hinweg, uns auch einen übermächtigen Gegner bezwingen lässt. Alleine die daraus resultierende deutsch-französische Geschichte Elsass-Lothringens würde ganze Ausstellungen alleine füllen.

Anhand der Ausgaben für Denkmalschutz bzw. die Pflege der Denkmäler kann man den Stellenwert erahnen, den die eigene Geschichte in diesem System einnimmt. So sanken die Ausgaben von jährlich 53,2 Mio. Euro im Jahre 1990 auf 35,1 Mio. Euro im Jahr 2013. Zunehmend wird die Denkmalpflege ehrenamtlich von Privatleuten übernommen, da ansonsten z.B. die Denkmäler für unsere Gefallenen der Kriege der Zeit und dem Wildwuchs zum Opfer fallen würden.

**DIE RECHTE fordert, dass die eigene Geschichte nicht länger in den Hintergrund geraten darf. Statt antideutscher Hetze, Umerziehung und staatlich geförderter, entarteter Kunst ist es Aufgabe der lokalen Politik, vor Ort die Voraussetzungen für eine vielfältige Museen- und Ausstellungskultur zu schaffen. Vergangenheit ist Zukunft. Ein Volk das seine Vergangenheit nicht kennt oder verachtet hat auch keine Zukunft, das gilt in Baden-Württemberg nicht weniger, als im restlichen Deutschland!**

## **# 16: Keine Geldverschwendung für Prestigeprojekte**

**Auf Kosten des Steuerzahlers wollen sich viele etablierte Politiker heute ein Denkmal setzen. Koste es was es wolle, man muss es ja schließlich nicht selbst bezahlen. Ob es sinnvoll und durchdacht ist spielt auch erst einmal keine große Rolle.**

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland unendlich viele Beispiele für Steuerverschwendungen. Sei es für kleine Dinge, wie z.B. speziell beleuchtete Gullydeckel oder große Projekte die längst aus dem Ruder gelaufen sind und ihre geplanten Kosten bereits um ein vielfaches überschritten haben. Als Beispiele hierfür sind deutschlandweit natürlich der Berliner Flughafen BER zu nennen, der bislang schon Milliarden gekostet hat und von dem niemand mehr weiß, ob er überhaupt jemals noch fertig gestellt wird. Ein weiteres Beispiel ist die Elbphilharmonie in Hamburg.

In Baden-Württemberg ist der Stuttgarter Bahnhof, auch als „Stuttgart 21“ bezeichnet, und die Karlsruher U-Strab zu nennen.

Bei „Stuttgart 21“, ein Bauprojekt dass von vielen Bürgern nicht gewollt war und das auch regelmäßig dazu führte, dass die Bürger sich zu Massenprotesten zusammen fanden, verzögert sich jetzt schon die Fertigstellung. Was dafür umso schneller geht ist die Kostenentwicklung.

Die „Stuttgart 21“ Kritiker Roland Ostertag, der Projektmanager und Kostenplaner Peter Kappes sowie Peter Grohmann rechnen damit dass das Bauprojekt bei einer Fertigstellung bis 2022 rund 11,77 Milliarden Euro Kosten verursachen wird. Sollte sich der Bau bis 2025 hinziehen, wie es die Bahn schon angekündigt hat, könnten sich die Kosten auf knapp 14,55 Milliarden Euro erhöhen. Geplant waren für das Bauprojekt ursprünglich 6,5 Milliarden Euro.

Die Kombilösung in Karlsruhe wurde erst in einer zweiten Bürgerbefragung durchgesetzt, nachdem die Erste mit einer Mehrheit abgelehnt wurde. Die nur knappe Mehrheit von 55,55 % der teilnehmenden Wähler nahmen die Stadtoberen aber zum Anlass für den Startschuss des Großprojektes.

Während in ganz Baden-Württemberg und in Gesamtdeutschland die Infrastrukturen zerfallen, werden Milliarden für unnötige Prestigeprojekte ausgegeben. Marode Straßen müssen dringend saniert werden, schnellere Weltnetzverbindungen müssen verlegt werden und der Umstieg auf erneuerbare Energien muss vorangetrieben werden.

**DIE RECHTE fordert ganz klar die Zurückstellung von Prestigeprojekten wie „Stuttgart 21“, der Karlsruher „Kombilösung“, dem Berliner BER oder der Hamburger Elbphilharmonie. Die Kosten für diese Projekte müssen zuerst der maroden deutschen Infrastruktur zu Gute kommen, um eine zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Europa und der Welt gewährleisten zu können. Politiker und Aufsichtsräte die erhebliche Mehrkosten für solche Großprojekte zu verantworten haben, die durch falsche Planung oder bewusste Täuschung entstanden sind, müssen mit ihrem Privatvermögen einen Teil dieser Kosten selbst abdecken. Der Größenwahn einiger etablierter Politiker sich mit sinnlosen, protzigen Bauprojekten einen Namen in der Historie einer Stadt zu sichern darf nicht auf Kosten des Steuerzahlers erfolgen.**

## **# 17 : Korrupte Politiker zur Rechenschaft ziehen**

**Korruption bei Politikern wird in keinem anderen Land der Welt so einfach gemacht wie in Deutschland. Dass die Politiker, denen der Vorwurf der Korruption gemacht wird, auch noch selbst die Gesetze bestimmen dürfen, die festlegen was Korruption für einen Politiker bedeutet, grenzt schon fast an Hohn.**

Bereits im Jahr 2003 arbeiteten die Vereinten Nationen ein „Übereinkommen gegen Korruption“ aus, dass dafür sorgen sollte, sofern die Mitglieder es denn unterzeichnen und ratifizieren, dass die Korruption in der Politik deutlich zurück gedrängt wird.

Deutschland unterzeichnete den Vorschlag zwar, es dauerte aber bis zum 25. September 2014, also knapp elf Jahre, bis der Bundestag den Vorschlag ratifizierte. Danach folgte noch der Bundesrat und das Übereinkommen trat letztendlich am 12. Dezember 2014 in Kraft.

Der Fehler im System liegt darin, dass die Politiker selbst die Formulierung wählten und sich natürlich ein großes Schlupfloch offen ließen. So ist die schwammige Formulierung, dass nur bestraft wird wer „im Auftrag oder auf Weisung“ handelt. Kein Politiker dürfte so dumm sein und lässt sich vor Begehen seiner Bestechlichkeit einen Auftrag oder eine Weisung erteilen. Ohne diesen Nachweis gehen die Politiker allerdings straffrei aus.

Während bei Beamten schon der leiseste Verdacht ausreicht um sie aus dem Dienst zu entheben, haben sich die Politiker des Bundes und der Länder ein scheunengroßes Schlupfloch selbst geschaffen.

Anhand der einstimmigen Abstimmungsergebnisse lässt sich erahnen, wie weit die Korruption in den Parlamenten bereits fortgeschritten ist.

**DIE RECHTE fordert die sofortige Streichung des Zusatzes „im Auftrag oder auf Weisung“ im § 108e des StGB. Volksvertreter haben das deutsche Volk als Souverän zu vertreten und nicht willenlose Gehilfen von Lobbygruppen und der Wirtschaft zu sein. Korruption in den Parlamenten muss aufs Schärfste bekämpft und geahndet werden!**

## **# 18: Arbeitsplätze und gerechte Löhne für alle Deutschen**

**In Deutschland ist es leider nur noch wenigen Familien vergönnt, mit dem Gehalt eines Arbeitnehmers über die Runden zu kommen. Lohndumping, Zeitarbeitsfirmen und skrupellose Unternehmer schaffen ein Arbeitsklima in Deutschland und auch in Baden-Württemberg bei dem von sozialer Verantwortung keine Rede mehr sein kann.**

Durch die Wahnsinnspolitik der Europäischen Union haben seit 2011 Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Staaten, wie z.B. Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien oder Lettland die volle Niederlassungsfreiheit in der EU und benötigen daher keine Arbeitserlaubnis in dem Mitgliedsland, in dem sie sich gerade aufhalten. Da die beruflichen Perspektiven in der Bundesrepublik Deutschland europaweit noch am aussichtsvollsten sind, zieht es den Großteil der Arbeitnehmer aus diesen Ländern zu uns.

Die Folgen daraus sind verheerend für den hiesigen Arbeitsmarkt. Gerade im Baugewerbe kann man die Entwicklungen besonders gut beobachten. Bauunternehmer geben teilweise nur

noch Angebote für Bauvorhaben auf dem Papier ab und beschäftigen dann ominöse Subunternehmer aus den osteuropäischen Nachbarländern, die dann die angebotenen Arbeiten ausführen. Oft sind nur noch die Poliere auf den Baustellen noch der deutschen Sprache mächtig. Die Arbeiter werden dann mit einem, für deutsche Verhältnisse, Hungerlohn abgespeist, zählen in ihren Heimatländern damit aber immer noch zu den Besserverdienenden.

Das bringt zwei große Nachteile mit sich. Erstens sind diese Arbeiter meistens gar nicht mit deutschen Normen vertraut und halten sich weniger an deutsche Baustandards wie andere Firmen, was einen erheblichen Baumangel darstellt, der oftmals mit hohen Mehrkosten ausgebessert werden muss, sodass man am Ende sogar noch mehr Geld ausgibt. Zweitens werden durch die gezahlten Löhne die Löhne für deutsche Arbeiter so weit gedrückt, dass viele sich den Schritt überlegen, lieber gleich zu Hause zu bleiben, bevor sie für einen, für deutsche Verhältnisse, Hungerlohn schufteln müssen. Die Löhne erreichen dabei teilweise einen dermaßen niedrigen Stand, dass fast schon von moderner Sklaverei gesprochen werden kann. Als nächste Stufe der Lohndrückerei werden dann die unqualifizierten Asylanten in Millionestärke auf den deutschen Arbeitsmarkt geschwemmt.

Einen weiteren Ansatz moderner Sklaverei findet man in den Zeit- und Leiharbeitsfirmen, die im Moment wie Pilze aus dem Boden schießen. Besonders ältere Arbeiter, die nirgends mehr eine Festanstellung bekommen, werden hier bis aufs Letzte ausgepresst und dienen nur noch als Humankapital. Während die Zeitarbeitsfirmen oft Stundenlöhne von knapp 22,00 €+ Mwst. für einen „geliehenen“ Arbeiter verlangen, kommt von dem Geld nur noch ein Bruchteil beim eigentlichen Arbeiter an. Für die Unternehmen ist die Zusammenarbeit mit den Leiharbeitsfirmen attraktiv, zahlen sie doch keine Lohnnebenkosten, haben damit keinen Verwaltungsaufwand und können den nicht mehr benötigten Arbeiter von heute auf morgen wieder loswerden. Ein Schriftstück genügt und der Vertrag ist aufgehoben.

Mit sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung haben beide Arten von Beschäftigung nichts zu tun, die Politik muss diesem Treiben einen Riegel vorschieben.

**DIE RECHTE fordert daher, dass die deutsche Politik alles unternimmt, um den deutschen Arbeitsmarkt vor allem für den deutschen Arbeiter wieder attraktiv zu machen. Unsoziale Zeitarbeitsfirmen sind abzuschaffen. Die Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt ist genauso zu unterbinden wie die Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Offen betriebenes Lohndumping ist zu unterbinden. Deutsche Arbeiter müssen auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt behandelt werden und sind EU Bürgern und Staatsangehörigen von nicht EU Staaten vorzuziehen.**

**Arbeit in Deutschland muss wieder einen Stellenwert in der Gesellschaft erreichen, damit die Arbeit auch attraktiv ist. Wer kann es jemandem übel nehmen, dass er für ein paar Euro weniger im Monat lieber zu Hause bleibt und nicht einem geregelten aber unterbezahlten Arbeitsverhältnis nachgeht? Der Fehler liegt hierbei nicht an der Person, sondern am gesamten System!**

## **# 19: Deutsches Geld für deutsche Interessen**

**Deutsches Geld muss ausschließlich für deutsche Interessen eingesetzt werden. Der Sozialstaat den unsere Mütter und Väter aufgebaut haben, darf nicht in alle Welt verschenkt werden. Antideutsche Bestrebungen und Vereine haben keine Förderung aus deutschen Geldern verdient.**



„An deutschen Spesen soll die Welt genesen“ ist so ein Spruch aus der Rhetorik der rot-grün umerzogenen Antideutschen geworden, der mittlerweile vielleicht nicht mehr unbedingt ausgesprochen aber dafür umso mehr umgesetzt wird.

Sei es Aufbauhilfe für die dritte Welt, die bereits schon Milliarden an Geldern ohne spürbaren Erfolg verschlungen hat oder militärische Einsätze, die von der Kriegstreibernation USA angezettelt wurden, um die Situation in manchen Ländern „unter Kontrolle zu bringen“: Deutsches Geld und deutsche Arbeitskraft wird großzügig in alle Welt verschickt, ohne zu Hause auf die eigene Bevölkerung zu schauen. Es wird immer behauptet Deutschland muss aus zwei Gründen helfen. Zum Ersten wegen seiner „historischen Verantwortung“, zum Zweiten, weil es „ein reiches Land sei“. Mit derselben Argumentationsweise schleust man uns gerade auch täglich tausende Wirtschaftsflüchtlinge ins Land ein. Fakt ist, dass Deutschlands historische Verantwortung die heutige Generation nicht betreffen kann, da ein Volk niemals in Sippenhaft genommen werden kann. Das Deutschland ein reiches Land ist, ist ebenfalls wohl eher ein Gerücht. Unser Staat ist mit über 2 Billionen Euro verschuldet. Niemand hat jemals mehr Schulden aufgebaut als unsere derzeitige Kanzlerin mit ihrem Kabinett voller „Experten“. Das heißt jede Entwicklungshilfe und jeden aufgenommenen Flüchtling finanzieren wir ausschließlich „auf Pump“. Es dürfte in der Weltgeschichte schwierig sein, ein Volk zu finden, dass noch klatschend dabei stand als es seinen eigenen, langsamen Untergang mitfinanziert hat.

Zur Krönung des Ganzen kommen auch noch antideutsche Vereinigungen wie die Antifa und Parteien wie DIE LINKE in den Genuss deutscher Steuergelder und werden staatlich gefördert.

**DIE RECHTE fordert daher, dass deutsches Geld ausschließlich für deutsche Interessen eingesetzt wird. Während unsere Armee in fernen Ländern Aufbauhilfe leistet, werden hier zu Hause unsere Grenzen täglich von tausenden Illegalen überrannt. Anstatt Entwicklungshilfe in afrikanischen Staaten zu leisten wären Rentenerhöhungen für unsere Alten, denen wir unseren heutigen Sozialstaat verdanken, angebracht. Stattdessen lässt man diese Menschen lieber Pfandflaschen sammeln damit sie sich noch erniedrigen müssen, anstatt ihren Lebensabend zu genießen. Anstatt Wirtschaftsflüchtlinge zu finanzieren wäre das Geld bei jungen deutschen Familien besser investiert. Antideutsche Vereinigungen, die offen die Zerstörung Deutschlands fordern, sind mit staatlichen Mitteln nicht mehr zu fördern.**

## **# 20: Volksgemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft**

**Am Ziel unserer politischen Arbeit steht die deutsche Volksgemeinschaft. Eine solidarische Gemeinschaft aller Deutschen. Jeder steht für jeden ein, die Schwachen der Gesellschaft werden von den anderen unterstützt, bis sie wieder von alleine auf eigenen Beinen stehen können.**

Was im Dorfleben noch instinktiv ein normales Zusammenleben ist, hat man in den Großstädten leider schon alles vergessen. Längst ist hier die Ellenbogengesellschaft eingekehrt. Der Schwächste bleibt auf der Strecke und wenn er fällt hilft ihm niemand mehr beim Aufstehen. Missgunst und Neid haben sich in den Köpfen breit gemacht. Was ein anderer hat muss ich auch haben. Kauft sich der Nachbar ein neues Auto brauche ich ein Auto das noch teurer ist und noch besser aussieht. Auch wenn ich meinen Nachbarn von

gegenüber eigentlich gar nicht so richtig kenne. Die zunehmende Individualisierung in den Großstädten ist in den letzten Jahren noch verstärkter zu beobachten.

Single Haushalte sind die Regel geworden. Kinder werden schon mit einem halben Jahr in die KITAs abgeschoben, obwohl es vielleicht gar nicht nötig wäre und Altenheime haben sowieso Hochkonjunktur. Der Zusammenhalt der Deutschen wurde im Zuge jahrzehntelangen Konkurrenzdenkens und Fokussierung auf den persönlichen Erfolg systematisch zerstört. Eine Entwicklung die sich nur schwer zurücksetzen lässt – es ist aber zumindest möglich, ihr zu begegnen und Formen des gesellschaftlichen Umgangs, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, wieder zu etablieren.

Wirkliche Volksvertreter müssten es als ihre Aufgabe und ihre Pflicht ansehen, den Schutz der Schwächsten unserer Gesellschaft zu gewährleisten und für deren Unterstützung einzutreten. Ganz gleich, ob es sich dabei um unverschuldet Wohnungslose oder Hartz 4 Empfänger als Opfer des kapitalistischen Systems, das auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert, handelt.

Tatsächlich interessieren sich die Politiker der herrschenden Parteien jedoch nur für eins: Ihre Wiederwahl und den persönlichen Aufstieg. Dabei werden die Augen verschlossen, wenn große Teile der Bevölkerung ins Aus gedrängt werden und ihr Heil nicht selten im exzessiven Konsum von Alkohol und Drogen suchen, wobei hierdurch nicht nur Leben zerstört, sondern wiederum auch die Gemeinschaft belastet wird, beispielsweise durch Kosten für ärztliche Behandlungen. Unterstützung für Menschen in Not ist deshalb nicht nur eine ethische Grundverpflichtung, sondern entlastet unsere leeren Kassen auch finanziell.

**DIE RECHTE fordert deshalb, dass die Politik der zunehmenden Individualisierung entgegensteuern muss – das Gebot der Stunde heißt, die Gemeinschaft zu stärken. Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. DIE RECHTE will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner alleine gelassen wird!**

## **# 21: Jedem Obdachlosen ein Dach über dem Kopf**

**In der BRD leben laut offiziellen Zahlen mehr als 300.000 deutsche Obdachlose auf den Straßen. Manche verbringen die Nacht bei eisigen Temperaturen im Freien. Für alle ist leider nicht genügend Platz um sie sicher in der Nacht unterzubringen.**

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2014 11.273 Obdachlose in sozialen Einrichtungen betreut. Eine Steigerung von 9,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahlen sind aber nicht als absolut zu werten, da immer noch viele Obdachlose zu stolz sind, andere um Hilfe zu bitten und den Staat und seine wenigen Einrichtungen zu belasten. Ein Indiz dafür, wie dieses System mit den ärmsten unserer Gesellschaft umgeht. In einer solidarischen Volksgemeinschaft steht jeder für jeden ein. Die Starken für die Schwachen, die Reichen für die Armen. Wer unverschuldet in eine Notlage gerät, der kann sich auf die Solidarität des Staates und seiner Volksgenossen verlassen.

**Daher fordert die Partei DIE RECHTE zuerst eine genaue Erfassung der Anzahl der Obdachlosen in der gesamten Republik. Danach müssen durch umfassende Maßnahmen Plätze in sozialen Einrichtungen geschaffen werden. Durch Betreuung und Überwachung von gut ausgebildeten Sozialarbeitern muss den obdachlosen**

**Volksgenossen geholfen werden, wieder ein eigenes Leben geregelt zu bekommen. Jedem Obdachlosen ist eine Bleibe für die Nacht zur Verfügung zu stellen, die natürlich kostenfrei ist. Bevor unser Staat Milliarden an Geldern für Asylanten ausgibt, sollten wir uns zuerst um unsere Not leidenden Volksgenossen kümmern, die meist keinerlei Habseeligkeiten außer ihrer Kleidung besitzen und nur von Tag zu Tag und von der Hand in den Mund leben.**

## **# 22: Wahre Demokratie in Baden-Württemberg**

**Demokratie bedeutet übersetzt die „Herrschaft des Volkes“. Was hier in dieser Bundesrepublik herrscht ist allerdings mehr eine Herrschaft der Parteien und der Lobbyisten.**

Demokratie ist die politische Form der Freiheit, in der das Volk die alleinige Macht innehat. Dementsprechend ist die Demokratie kein Selbstläufer, da die damit einhergehende politische Freiheit immer wieder aufs Neue erkämpft werden muss. Gerade in Deutschland ist aber seit vielen Jahren eine negative Entwicklung in der Handhabung der Demokratie zu beobachten. Sowohl die vom Volke gewählten Regierungen, als auch die im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien nehmen oftmals ihren Wählerauftrag nicht mehr ernst.

Immer wieder werden politische Beschlüsse erlassen oder Gesetze verabschiedet, die nicht dem Wählerinteresse entsprechen oder gar gegen politische Mehrheiten stehen. Zunehmend werden gegen erlassene Gesetze Rechtsmittel eingelegt und vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Damit die Demokratie die politische Form der Freiheit bleiben kann, muss dem deutschen Bürger die Möglichkeit eingeräumt werden, nicht nur gegen Gesetze und Beschlüsse Rechtsmittel einlegen, sondern auch konstruktiv an politischen Entscheidungen mitwirken zu können.

Wir treten daher für eine verstärkte Teilnahme des Bürgers an politischen Entscheidungen ein und sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene als notwendige Instrumente an, die Bürger in wesentlichen Fragen mitbestimmen zu lassen und den Willen der Mehrheit zu berücksichtigen. Wir meinen, dass der oberste Grundsatz unserer Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, so mit Leben erfüllt und dem Bürger näher gebracht werden kann.

Jeder politischen Partei, ohne Rücksicht auf ihre Größe, ist entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes die Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung zu eröffnen und offen zu halten, solange ihre Ziele und Aktivitäten mit unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen. Daher muss auch die 5-Prozent-Hürde auf Bundes- und Landesebene aufgehoben werden.

Das vom deutschen Gebührenzahler finanzierte Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist untragbar, dass im deutschen Rundfunk und Fernsehen überwiegend einseitige Meinungsbildung im Sinne der Regierenden betrieben wird. Auch haben alle Sendungen auf das sittliche und moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden.

Deutsche Künstler sind leistungsgerecht zu fördern. Wir erstreben eine Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte durch die Bevölkerung.

Das höchste Amt im deutschen Staat bekleidet der Bundespräsident. Auch in diesem Fall ist eine Direktwahl des Präsidenten durch das deutsche Volk unerlässlich. Nur auf diese Weise kann ein geeigneter und über die Parteienpolitik erhabener Würdenträger mit der Mehrheit der Wähler legitimiert werden. Selbstverständlich bedarf ein durch das Volk gewählter Präsident weiterer Befugnisse und Funktionen.

Zurzeit werden die Bundesverfassungsrichter jeweils zu 50% von einem aus 12 Personen bestehenden Wahlausschuss des Deutschen Bundestags und zu weiteren 50% vom Bundesrat bestimmt. Da Richter, insbesondere die Bundesverfassungsrichter die natürlichen Gegenspieler der Politik sind, muss auch hier eine Direktwahl durch das deutsche Volk stattfinden. Nur so kann eine wirkliche Unabhängigkeit der Richter garantiert und dem im Grundgesetz verankerten Gedanken der Gewaltenteilung gerecht werden.

**DIE RECHTE fordert: Geben wir dem deutschen Volk die alleinige Macht zurück und schaffen echte politische Freiheit durch Demokratie! Schluss mit der Macht der Parteien und Lobbyisten!**

## **# 23: Wahre Meinungsfreiheit durchsetzen**

**Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht in Art. 5 (1) „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“**

Der Artikel 5 des Grundgesetzes ist unmissverständlich. Jeder darf seine Meinung äußern, auch wenn sie noch so abstrus und unrealistisch sein mag. Für national eingestellte Menschen trifft dies leider nicht immer zu. Für diese Personengruppe gibt es noch die Paragraphen 86 und 130 des Strafgesetzbuches. Der Paragraph 86a untersagt unter anderem das Zeigen verbotener Organisationen in der BRD. Das betrifft nicht nur alte Organisationen der Nationalsozialisten, sondern auch Vereine und Parteien, die bereits während der Existenz der BRD verboten wurden.

Der Paragraph 130 ist der so genannte „Volksverhetzungsparagraph“, unter den z.B. auch die Leugnung gewisser historischer Ereignisse fällt. Vor allem der § 130 StGB ist extrem schwammig formuliert und es lässt sich oft nicht so einfach feststellen welche Äußerung strafbar sein kann und welche nicht.

Beide Paragraphen stehen dem Artikel 5 des Grundgesetzes komplett konträr gegenüber. Man könnte so weit gehen und behaupten, dass in der BRD Meinungsfreiheit herrscht, aber nur für die Meinungen, die die Etablierten selbst teilen.

Prominente, die bereits für diese Paragraphen Haftstrafen verbüßen mussten sind Horst Mahler, Sylvia Stolz und Dieter Riefeling. Vor allem der Fall Horst Mahler erfuhr deutschlandweites Aufsehen. Der ehemalige RAF Gründer wurde zu mehr als 10 Jahren Haft verurteilt, nur weil er eine abweichende Meinung von der offiziellen Geschichtsschreibung

geäußert hatte. Sogar Otto Schily, ehemaliger Weggefährte Mahlers äußerte schon sein Bedenken, ob der §130 StGB überhaupt noch zeitgemäß sei.

**DIE RECHTE fordert die sofortige Abschaffung der Gesinnungsparagraphen 86 und 130 des Strafgesetzbuches. In einem freien, demokratischen Deutschland ist es widersprüchlich das Recht auf freie Meinungsäußerung zu garantieren, im Gegenzug unliebsame Meinungen aber unter Strafe zu stellen. Sämtliche verurteilte Personen sind finanziell vom Staat für verbüßte Strafen zu entschädigen. Deutschland hat alle zentralen Übereinkommen der Europäischen Union, des Europarats und der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet. Und die Meinungsfreiheit ist ein Menschenrecht, das geschützt werden muss. Der Staat verstößt gegen seine eigenen Regeln.**

## **# 24: Umweltschutz und Tierschutz bedeuten auch Heimatschutz**

**Grundsätzlich ist der Umweltschutz in drei Gruppen zu unterteilen. Hier wird zwischen Klima-, Wald-, und Gewässerschutz differenziert, wobei natürlich viele Faktoren untereinander Wechselwirkungen haben. Eine besondere Rolle nimmt die Energiepolitik ein, obwohl sie essenzieller Bestandteil des Klimaschutzes ist. Daher wird die Energiepolitik in unserem Wahlprogramm gesondert behandelt.**

Im Sinne des Klimaschutzes ist es notwendig, dass der Waren- und Güterverkehr im großen Umfang von der Straße auf Wasserwege und Gleise verlagert wird. Hier ist von der Politik eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen, um nachhaltig die Emissionen zu senken. Weiterhin sollen die Transportwege durch eine Regionalisierung der Verbrauchsgüter minimiert werden.

Insbesondere in der Nahrungsmittelversorgung kann so ein großer Teil der Emissionen verhindert werden; zudem werden neue Arbeitsplätze in der jeweiligen Region geschaffen. Heimische Produkte sind durch Steuervergünstigungen zu fördern, Importe aus Ländern mit fehlendem und unzureichendem Umweltschutz sind höher zu besteuern.

Der Staat hat durch umfangreiche Förderung der Forschung, als auch durch die Vorgabe neuer Rahmenbedingungen, die Senkung von Emissionen im Individualverkehr voran zu treiben. Öffentliche Verkehrsmittel müssen weiter ausgebaut werden, aber auch effizienter und flexibler dem jeweiligen Bedarf angepasst werden.

Vermeiden von Abfall ist eine wichtige Maßnahme zum Klimaschutz. Z.B. werden rund 50% der Lebensmittel, welche in Industriestaaten hergestellt werden, ungenutzt weggeworfen. Durch eine umfassende Aufklärung des Volkes durch die Medien, kann solcher Abfall deutlich reduziert werden und hilft die Emissionen im erheblichen Maße zu senken.

Nachhaltigere Forstwirtschaft dient dem Waldschutz; dabei dürfen keine Monokulturen schnell wachsender Bäume der Regelfall sein. Vielmehr müssen Mischwälder entstehen, um einen natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Eine Gesundung des deutschen Waldes führt zu weniger Schadinsekten und Pilzschäden, die den Bäumen zusetzen. Um den Wechsel von Holzfabriken zu gesunden Mischwäldern zu schaffen, müssen Produkte aus nachhaltiger Holzproduktion als solche gekennzeichnet werden. Wir fordern

zudem, dass 5% der deutschen Waldfläche sich selbst überlassen werden, damit Urwälder entstehen, die seltenen Tieren und Pflanzen eine Heimat geben können.

Doch Waldschutz muss auch global betrieben werden, so hat sich die deutsche Politik für den Schutz der lebenswichtigen Regenwälder einzusetzen.

Die zunehmende Flächenversiegelung durch Neubebauung ist zu einguzgrenzen, vielmehr müssen bereits bebaute, aber brachliegende Gebäude abgerissen werden, um Platz für Neubauten zu schaffen. Der Wüstenbildung unter den Städten ist durch vermehrten Einsatz von Sickergruben Einhalt zu gebieten. Der Gewässer- und Grundwasserschutz ist durch eine Begrenzung in der Auswahl und Menge der zu verwendenden Pestizide und Fungizide zu verbessern. Umweltverstöße sind konsequent und empfindlich zu ahnden. Der Rückbau von Flüssen muss weiter vorangetrieben werden, damit sich die Fischbestände weiter erholen können. Die Klärung von Abwässern sollte zunehmend dezentral umgesetzt werden. Der Tierschutz stellt den Menschen sowohl in der Nutztierhaltung, als auch beim Schutz der Wildtiere vor große Aufgaben. Wildlebende und gehaltene Tiere sind als Mitlebewesen anzuerkennen, zu schützen und zu behüten. Die Artenvielfalt der Tiere und deren Lebensraum müssen durch direkte Maßnahmen wie Prävention, Schadensbegrenzung, Ausgleichsmaßnahmen und Schutzgebiete erhalten werden. Dabei fällt nicht nur dem Staat sondern auch Tierschutzverbänden und Vereinen eine besondere Verantwortung zu. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, dass endlich den Tierschutzverbänden ein Klagerecht eingeräumt wird.

Eine angemessene Haltung von Nutztieren muss eine wichtige Stellung im Tierschutz einnehmen. Nach dem bereits 2010 erfolgtem Verbot der Käfighaltung von Legehennen muss auch die ähnlich schlechte Kleingruppenhaltung von Hühnern verboten werden.

Um den Bedarf der Verbraucher zu decken, werden in der Landwirtschaft oftmals Massentierhaltungen eingesetzt. Die Haltungsbedingungen in solchen Tierfabriken können nie artgerecht sein. Hier fordern wir eine umfassende, mediale Aufklärung des Verbrauchers über die Haltungsbedingungen, den Qualitätsverlust der Produkte und die Leiden der Tiere. Ferner müssen alle Produkte aus der Massentierhaltung als solche deutlich sichtbar gekennzeichnet werden. Wir sind davon überzeugt, dass es nur durch die Irreführung des Verbrauchers möglich ist, dass eine Massentierhaltung in der ausufernden, aktuellen Form möglich ist.

Durch nachhaltige Aufklärung und Kennzeichnungspflicht der Produkte wird sich der Verbraucher von der Massentierhaltung abwenden, was zwangsläufig zu besseren Haltungsbedingungen führt.

Zur Bekämpfung der zunehmenden Unwirksamkeit von Antibiotika beim Menschen, fordern wir, dass eine streng kontrollierte Abgabe von Antibiotika an Nutztiere nur noch durch die Anweisung eines Tierarztes erfolgen darf. Ferner müssen zum Schutz des Menschen und der Tiere enge Maßstäbe an die Qualität von Futtermitteln angelegt werden.

Das Töten der Tiere darf nur zu sinnvollen Zwecken erfolgen und muss so kurz und schmerzlos wie möglich erfolgen. Hier muss der Tierschutz über die Religionsfreiheit gestellt werden und somit ist das qualvolle Schächten von Tieren ausnahmslos zu verbieten. Zudem ist in der konventionellen Fischerei der ungewünschte Beifang zügig wieder auszusetzen, um unnötige Schäden am Fischbestand zu vermeiden.

Ein umgehendes, striktes und kompromissloses Verbot der Anwendung von Gentechnik an Tieren muss erlassen werden, da die Folgen für Mensch und Tier nicht absehbar sind. Tierversuche müssen auf die notwendigsten medizinischen Forschungen beschränkt werden und dürfen nicht mehr für z.B. kosmetische Zwecke durchgeführt werden. Tiere haben Rechte; diese sind als Mindeststandards für die Haltung und den Umgang gesetzlich zu definieren.

**Umweltschutz und Tierschutz stehen auch für den Schutz unserer Heimat. Daher fordert unsere Partei eine sofortige gesetzliche Regelung, damit der Umgang mit Umwelt und Tieren einem ethischen Maßstab folgt. Wir Menschen haben nur diesen einen Planeten zur Verfügung und dürfen nicht aus Rücksicht auf maximalen Gewinn von Unternehmen den Umweltschutz außer acht lassen. Tiere sind lebendige Wesen, die, wenn sie als Nutztiere dienen, möglichst artgerecht gehalten werden müssen. Tierversuche, die unnützen Dingen wie kosmetischen Produkten dienen, sind sofort zu verbieten und bei Zuwiderhandlung unter hohe Strafe zu stellen.**

## **# 25: Energiepolitik**

**Die Kernaufgabe der Energiepolitik besteht einerseits in der Gewährleistung, die Grundversorgung des Volkes aufrecht zu erhalten, andererseits den Wandel von umweltschädlichen, konventionellen Energiegewinnungsverfahren zu erneuerbaren Energien zu vollziehen. Im Jahr 2010 bestand die Energiezusammensetzung in Deutschland zu 9,4 % aus erneuerbaren Energien, während die Kernenergie mit 10,9 % vertreten war und die übrigen rund 80 % aus fossilen Brennstoffen wie Kohle, Gas und Öl zusammengesetzt waren.**

Wir lehnen die Atomenergie aufgrund ihrer unkalkulierbaren Gefahren für die Umwelt und den Menschen grundsätzlich ab. Seit den 1960er Jahren wird in Deutschland Energie mit Hilfe der Atomkraft hergestellt. Neben den unkalkulierbaren Gefahren bilden die 400 Tonnen hochradioaktiver Atommüll, der zumeist in Hallen neben den Kernkraftwerken gelagert wird, die über die gesamte Bundesrepublik verteilt sind, eine weitere Gefahrenquelle. Sowohl beim Uranabbau, als auch im Normalbetrieb der Kraftwerke sind Gesundheitsschäden beim Menschen nachzuweisen. Nach den verheerenden Atomunfällen in Tschernobyl und Fukushima muss der Atomausstieg in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa oberste Priorität haben, insbesondere, da es bisher weltweit kein einziges Endlager für den hochgiftigen und radioaktiven Müll gibt.

Fossile Brennstoffe sind nicht nur endlich, sondern schädigen auch massiv das Klima und die Umwelt insgesamt. Die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen wird in den nächsten Jahren dramatisch steigen, was zu einer zunehmenden Verknappung, unkalkulierbaren Versorgungsrisiken und dramatischen Preissteigerungen führen wird. Diese Umstände sind seit Jahren bekannt, eine zukunftsweisende Investition wäre es gewesen frühzeitig auf regenerative Energien zu setzen und nicht erst um „fünf vor zwölf“ damit anzufangen. Der Umstieg auf regenerative Energien ist unausweichlich, zum Ersten als Schutz für die Umwelt, zum Zweiten sichert er die Grundversorgung, schafft Arbeitsplätze in der Forschung und Produktion, hält das Preisniveau stabil und fördert die Exportwirtschaft. Deutschland muss weiter Vorreiter in der Forschung und Produktion der regenerativen Technologien sein und diesen Vorsprung weiter ausbauen.

Darüber hinaus muss der Staat durch die Förderung von Forschung und der Vorgabe von Rahmenbedingungen die Energieeffizienz von neuen Geräten und Maschinen erhöhen, um so den Energiebedarf zu senken. Kartelle, die im Energiebereich entstanden sind müssen zerschlagen werden, Strafgeelder sollen der Erforschung erneuerbarer Technologien zu gute kommen. Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung sollen vermehrt staatlich gefördert werden, müssen aber dennoch in einem vernünftigen Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit stehen und für den Bürger bezahlbar bleiben.

Ein wesentlicher Bestandteil der Abfallvermeidung, der Schonung von Ressourcen und der Energieeinsparung ist die Wiederaufarbeitung von Materialien, auf neudeutsch auch „Recycling“ genannt. Das Wiederverwenden und Verwerten von Gütern und Materialien muss weiter ausgebaut werden. Der massenhafte Abverkauf von wertvollen Rohstoffen in das Ausland ist einzudämmen.

**DIE RECHTE fordert daher einen noch schnelleren Ausstieg aus der, mit unkalkulierbaren Risiken behafteten, Atomenergie zum Schutze von Mensch und Umwelt. Eine sichere Lösung für den bisher angefallenen Atommüll im Hinblick auf die Verantwortung, die wir heute schon für kommende Generationen tragen. Ferner ist ein Umstieg von Atomkraft und fossilen Brennstoffen hin zur erneuerbaren Energien schnellstmöglich umzusetzen und staatlich zu fördern. Fossile Brennstoffe sind endlich, der Verbrauch der Menschen aber wird auch in Zukunft noch größer werden, wenn wir jetzt nicht umgehend handeln, wird uns das in ein paar Jahren mit voller Härte treffen.**



## **Schlusswort**

Die Partei DIE RECHTE bedankt sich für Ihr Interesse an unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016. Gemeinsam können wir es schaffen, dass Baden-Württemberg wieder zu einem sicheren, lebenswerten und erfolgreichen Bundesland wird. Mit umfassenden Maßnahmen können wir uns eine Vorreiterrolle in Sachen Kinderfreundlichkeit, Energiepolitik, Arbeitspolitik und Umweltschutz einnehmen.

Wählen Sie deutsch am 13. März 2016 und geben Sie unserer Heimat, ihren Kindern und Kindeskindern eine Zukunft in unserem Land.

DIE RECHTE Baden-Württemberg